

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

04.11.2022

Inhalt

EWN

1 Endlagerfrage offen: Radioaktiver Müll bleibt wohl länger in Lubmin <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 04.11.2022</i>	3
2 Vertane Chance <i>Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung, 04.11.2022</i>	5
3 Energie-Entlastungspaket: Wie Wirtschaft und Sozialverbände in MV reagieren <i>Ostsee-Zeitung.de, 03.11.2022</i>	6
4 Marine überwacht auch vor Norwegen Energieanlagen <i>Uckermark Kurier - Prenzlauer Zeitung, 04.11.2022</i>	7

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 04.11.2022 | S. 8

 Auflage: 28.617 | Reichweite: 70.189

 Martina Rathke

ATOMMÜLL IN LUBMIN

Endlagerfrage offen: Radioaktiver Müll bleibt wohl länger in Lubmin

Die Bundesbehörde hat Verzögerungen bei der Standortauswahl für ein Endlager für radioaktiven Abfall eingeräumt. Das Zwischenlager in Lubmin ist bereits baulich auf 100 Jahre ausgelegt.

Die Castoren mit hoch radioaktivem Abfall werden vermutlich noch weit bis in die zweite Jahrhunderthälfte hinein in Lubmin lagern. Das Bundesamt für Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) geht eigenen Angaben nicht mehr davon aus, dass wie ursprünglich geplant bis 2031 ein Standort für ein tiefengeologisches Endlager in Deutschland gefunden worden ist. „Der mit der Suche beauftragte Vorhabensträger - die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) mbH - hat bislang keinen Plan vorgelegt, wie er innerhalb der verbleibenden neun Jahre das in der Tat umfangreiche Verfahren durchführen kann“, so ein Sprecher der Bundesbehörde. Damit dürfte der gesamte Zeitplan ins Wanken geraten. Ursprünglich sollte das Endlager im Jahr 2050 in Betrieb gehen und in den Folgejahren auch die 74 Castoren aus Lubmin in den Tiefenstollen umgelagert werden.

„Wir erwarten, dass der Bund darauf hinwirkt, dass ein verlässlicher Zeit- und Arbeitsplan für die weiteren Schritte der Endlagersuche vorgelegt wird“, so Landesumweltminister Till Backhaus (SPD). Offiziell seien die Verzögerungen dem Land noch nicht mitgeteilt worden. Der Zeitplan, bis 2031 einen Standort festzulegen, sei von vornherein ein „sehr ambitioniertes Ziel“ gewesen. Der Bund steht aus Sicht des Landes nun in der Pflicht, für alle Zwischenlager einheitliche Anforderungen zur verlängerten Zwischenlagerung festzulegen.

Nach dem Aus der umstrittenen Endlagerpläne für Gorleben hatte der Bund die Standortsuche auf Null gesetzt und dafür ein Verfahren angeschoben, das auf Transparenz und größtmögliche Öffentlichkeitsbeteiligung setzt. Das Problem: Aus allen Regionen hagelt es Kritik. Niemand will das Lager, in dem der hoch radioaktive Abfall bis zu einer Million Jahre sicher einge-

schlossen sein soll, in seiner Nähe haben. „Gute und wirksame Beteiligung braucht Zeit“, begründete eine BGE-Sprecherin die Verzögerungen. Die BGE stellt eigenen Angaben zufolge gerade einen „methodischen Vorschlag zur weiteren Eingrenzung der 90 Teilgebiete auf wenige und kleine Standortregionen“ zur Diskussion. Aus MV gehören unter anderem Rügen-Hiddensee, die Region westlich von Rostock bis zur Grenze nach Schleswig-Holstein und das Müritz-Gebiet zu den potenziellen Teilgebieten.

Für den Umweltverband BUND sind die absehbaren Verzögerungen ein Grund mehr, für das neue Lubminer Zwischenlager (Estral) auf den Einbau einer „heißen Zelle“ - einen abgeschirmten Bereich zur Reparatur von Castoren - zu drängen. „Wenn man diese lange Zeit mit dann überalterten Castoren überbrücken muss, benötigt man eine heiße Zelle“, so BUND-Landeschefin Corinna Cwielag. Das Bundesamt hatte in dieser Woche die Einwendungen gegen das Estral erörtert, das 2027 in Betrieb gehen soll und das aufgrund erhöhter Sicherheitsmaßnahmen nach den Terroranschlägen von 2001 und dem GAU im Atommeiler im japanischen Fukushima gebaut werden muss.

Die Forderungen nach einem Einbau einer heißen Zelle hatte die **EWN** GmbH zurückgewiesen. „Eine heiße Zelle bereits heute zu errichten, wäre mit sehr vielen Risiken behaftet, weil wir die heiße Zelle innerhalb der beantragten Lagerzeit auf keinen Fall benötigen“, so **EWN**-Chef Henry Cordes. Auch das BASE als Genehmigungsbehörde hält den Einbau nicht für erforderlich.

Der energiepolitische Sprecher der Grünen, Hannes Damm, befürchtet, dass die Castoren bis in die 2070er Jahre hinein in Lubmin stehen werden. Deshalb sei es unverständlich, dass die **EWN** die in der Erörte-

zung geäußerten Bedenken nicht ernst genommen habe. „Es hat keine kritische Diskussion auf Augenhöhe gegeben“, so Damm. Das BASE habe zudem mit minimal möglichem Aufwand agiert, um den gesetzlichen Anforderungen gerade so zu genügen. Er befürchtet, dass Genehmigungen ohne Prüfung der Castor-Behälter einfach verlängert werden. Die erste Castor-Genehmigung in Lubmin läuft 2036 aus. Dennoch: Der grundsätzliche Ansatz, bei der Standortauswahl für ein Endlager auf Transparenz zu setzen, sei richtig. „Gründlichkeit muss vor Schnelligkeit gehen.“ Um die Standortauswahlprozesse wieder zu beschleunigen, müssten die Bundesbehörden im Zweifel personell aufgerüstet werden.

EWN-Chef Henry Cordes bedauert eine Verlängerung der Standortsuche über 2031 hinaus. „Es darf dadurch und zu einem so frühen Zeitpunkt keinesfalls

der Handlungs- und Entscheidungsdruck aus dem Endlagersuchprozess herausgenommen oder reduziert werden“, warnte er.

Nach EWN-Angaben ist das neue Zwischenlager mit seinen 1,80 Meter starken Wänden baulich auf 100 Jahre ausgelegt. Die Genehmigung sei unbefristet. „Die EWN wird als Betreiber die sichere Zwischenlagerung solange sicherstellen, bis die Castoren vom Bund zur Anlieferung an ein tiefegeologisches Endlager abgerufen werden.“

Zitat-Text:

„Wir erwarten, dass der Bund darauf hinwirkt, dass ein verlässlicher Zeit- und Arbeitsplan für die weiteren Schritte der Endlagersuche vorgelegt wird.“ - Till Backhaus (SPD), Landesumweltminister



Castorbehälter in Halle 8 des Zwischenlagers Lubmin.

📰 Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung | 04.11.2022 | S. 5

📄 Auflage: 10.113 | Reichweite: 20.202

👤 Martina Rathke

ATOMLAGER IN LUBMIN

Vertane Chance

In Lubmin wird gerade ein neues Zwischenlager geplant, das Terror-Angriffen besser standhalten soll. Umso unverständlicher ist, dass die absehbar längere Verweildauer der Castoren - und damit zusätzliche Schutzmaßnahmen nach innen - bei den Planungen keine Rolle spielen, meint OZ-Chefreporterin Martina Rathke.

Nun hat eine Bundesbehörde endlich ausgesprochen, was Experten und viele in und um Lubmin bereits ahnten. Die Suche nach einem atomaren Endlager für hochradioaktive Abfälle verzögert sich. Das Jahr 2031 als Termin für die Festlegung auf einen tiefengeologischen Standort: nicht mehr zu halten. Was das für Lubmin bedeutet, ist klar. Die 74 Castoren mit hochradioaktiven Abfällen werden vermutlich weit über das Jahr 2050 hinaus am Standort bleiben.

Nun wird gerade ein neues Zwischenlager geplant, das Terror-Angriffen besser standhalten soll. Super. Umso unverständlicher ist, dass die absehbar länge-

re Verweildauer der Castoren - und damit zusätzliche Schutzmaßnahmen - bei den Planungen keine Rolle spielen. Eine vertane Chance. Im Jahr 2036 läuft nach 40 Jahren die erste Castor-Genehmigung aus. Über das Langzeitverhalten der Behälter weiß man bislang wenig, dennoch sehen weder Zwischenlager-Betreiber noch Genehmigungsbehörde die Notwendigkeit, für den Einbau eines abgeschirmten Bereichs zu sorgen, der ein sicheres Öffnen und Reparieren der Atombehälter ermöglicht. Man gehe nicht davon aus, dass man diesen benötigt, heißt es. Vertrauen schafft dieses „Augen-zu-Prinzip“ nicht.

 Ostsee-Zeitung.de | 03.11.2022

 Michael Meyer

 WEBLINK

Energie-Entlastungspaket: Wie Wirtschaft und Sozialverbände in MV reagieren

Bund und Länder haben sich am Mittwoch bei den finanziellen Details zum Energie-Entlastungspaket geeinigt. Gas- und Strompreisdeckel kommen. Auch der Weg für das 49-Euro-Ticket ist frei. In MV werden die Beschlüsse weitgehend positiv gesehen, Kritik gibt es an der Verteilung der Entlastungen.

Schwerin. Die Krisen-Entlastungsbeschlüsse von Bund und Ländern haben in MV geteilte Reaktionen ausgelöst. Die Wirtschaft des Landes wertet das Entlastungspaket als Schritt in die richtige Richtung. Jetzt gelte es, offene Fragen zu klären.

Sven Müller, Geschäftsführer der Unternehmerverbände MV, sagt: „Es ist ein verbindliches Signal an die Wirtschaft. Der Teufel steckt im Detail.“ Müller begrüßt es, dass die Energieversorger angehalten worden seien, ihre Kunden zu informieren, wie die Entlastungen beim Verbraucher ankommen.

Der Hauptgeschäftsführer der IHK Rostock, Thorsten Ries, regt für die rasche Umsetzung der Beschlüsse einen „Round Table“ mit Land, Wirtschaft, Verbänden und Energieversorgern an. Ries sagt: „Das ist ein starkes Programm. Das sollte man nicht klein reden. Es ist wichtig und richtig. Die konkrete Umsetzung und die Beantwortung offener Fragen sollten wir schnellstens angehen.“

Kritik kam vom Städte- und Gemeindetag MV, der das 49-Euro-Ticket nicht als Lösung ansieht. Geschäftsführer Andreas Wellmann sagt: „Wir brauchen gute und verlässliche Verkehrsverbindungen – auch im ländlichen Raum.“

Auch der Fahrgastverband Pro-Bahn wertet das Ergebnis nicht als großen Wurf. Der Landesvorsitzende Marcel Drews plädiert für ein 29-Euro-Ticket, auch wenn die jetzige Lösung für Pendler eine Entlastung sei. Was aus spezifischen Angeboten in MV wie dem „Azubi-Ticket“ wird, prüft das Finanzministerium gerade.

Bei Sozialverbänden herrscht geteilte Stimmung. Rainer Boldt, Landesvorsitzender des Sozialverbandes VdK, sagt: „Wir begrüßen es, dass sich Bund und Länder auf umfangreiche Entlastungen geeinigt haben. Das war ein zwingend notwendiger Schritt. Wir begrüßen auch, dass MV eigene Hilfen für Härtefälle gewähren will. Allerdings hätten wir erwartet, dass die staatlichen Hilfen stärker nach sozialer Bedürftigkeit ausgebracht werden. Es ist nicht nachvollziehbar, dass Hilfen auch denen zugutekommen, die es finanziell nicht nötig haben.“

Strom- und Gaspreisbremse: Wie funktionieren die geplanten Entlastungen?

Der Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes MV, Friedrich Wilhelm Bluschke, zeigte sich enttäuscht von den Ergebnissen der Elefantenrunde und spricht von sozialer Schieflage: „Während von Gas- und Strompreisbremse, 49-Euro-Ticket und Steuerentlastungen einkommensstarke Haushalte stärker und selbst dann profitieren, wenn sie nicht darauf angewiesen sind, fehlt es an bedarfsgerechten Hilfen für ärmere Menschen.“ Er sei besorgt, was die Situation sozialer Einrichtungen angehe und fordert dringend Nachbesserungen.

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) zeigt sich nach der Einigung zufrieden und wies darauf hin, dass Schwerin einen Landesenergiefonds auflegen werde, um Lücken zu schließen. Der mit zwölf Milliarden Euro ausgestattete Härtefallfonds werde dafür sorgen, dass Einrichtungen im Gesundheits-, Pflege- und Bildungsbereich geschützt werden. Von sozialen Einrichtungen ist keine Rede.

📰 Uckermark Kurier - Prenzlauer Zeitung | 04.11.2022 | S. 1

📄 Auflage: 4.888 | Reichweite: 13.054

Marine überwacht auch vor Norwegen Energieanlagen

Rostock/Berlin. Die Deutsche Marine beteiligt sich mit Schiffen und Flugzeugen an einer besseren Überwachung gefährdeter Energieanlagen im Seegebiet vor der norwegischen Küste. Dabei würden Schiffe und Flugzeuge als Beitrag zum Schutz der kritischen Infrastruktur eingesetzt, teilte die Marine gestern in Rostock mit.

Nach den Explosionen an den Pipelines Nord Stream 1 und Nord Stream 2 hatte Bundeskanzler Olaf Scholz

(SPD) Norwegen, Dänemark und Schweden Unterstützung beim Schutz kritischer maritimer Infrastruktur – also Ölplattformen, Seekabel und Pipelines – angeboten.

Die eingesetzten Flugzeuge P-3C Orion sind Seefernaufklärer – sie überwachen weiträumig Seegebiete aus der Luft. Sie liefern auch ein Lagebild für die Situation unter Wasser und können U-Boote bekämpfen.